



Verleger: ... Preis: ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Samstag, 14. Februar 1920 49. Jahrgang

Nr. 82 - Ausgabe A Nr. 45 Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 82

Vor der Wahl in Paisley. Erklärungen Cecils und Balfours im Unterhause.

Die Auflösung der Koalition im Unterhause. - Lloyd Georges Taktik.

Der Stand der Londoner Verhandlungen. (Telegramm unseres Korrespondenten)

Man hat die nützlichsten Formen, das edle Maß des eng- lischen Parteielbens, das immer das Gleichgewicht im Staate wachte und förderte, wie gefeiert. Wie wird es damit in Zu- kunft werden? England hat seine Wählerkraft zum Parla- ment verdrängt und hat jetzt 16 Millionen Wähler. Selbst der vorzüglichste Parlamentarismus hängt zuletzt vom Wähler und von seinem Verhalten ab. Das Verhältnis des alten Parteiensystems zur Wählerkraft war, gegründet auf Tradition und Charakter der Nation sicherlich vortrefflich, besser jeden- falls als irgendwo sonst. Wie werden sich diese Dinge nun gestalten?

Nach einem Bericht der „Basler Nationalzeitung“ über den Stand der Londoner Verhandlungen ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß nach der Erklärung Lord Cursons England, Amerika und Italien in der Anwendung des Versailleser Vertrages den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen wollen, und daß Frankreich dieser Strömung werde folgen müssen. Der Dreierakt werde für die Aburteilung der Verantwortlichen einen gemäßigten Gerichtshof vorschlagen, der von der Entente und von Deutschland zu bestehen wäre. Auf der Auslieferung des Kaisers solle bestanden werden. Praktisch dürfte bei der ganzen Auslieferungsfrage ein Prozeß herauskommen, der im Kontinentalverfahren durch- geführt werden wird. Frankreich werde aber trotzdem den Versailleser Vertrag als nicht erfüllt ansehen und sich an den besetzten Rheinländern schadlos zu halten ver- suchen.

undurchführbar. Wahrscheinlich müßten aber früher oder später einige Bestimmungen des Vertrages abgeändert werden. Cecil fordert, daß eine Zusammenkunft des Völkerbundes zur Begreifung der russi- schen Frage stattfinden, wobei zugleich an die Parteien, die noch jetzt Krieg führen, die energische Mahnung gerichtet werden müsse, daß jetzt mit dem Kriegführen Schluß gemacht werden müsse, und daß der Völkerbund da sei, um internationale Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen. Balfour schloß die Debatte, indem er erklärte, der Friedensvertrag sehe Deutschland in die Lage, selbst die gesamte Entschädigungssumme, die es zahlen wolle, zu nennen, und daß die Alliierten einen solchen Vorschlag gegebenenfalls erwägen würden. Niemand könne jedoch sagen, was Deutschland bezahlen könne. Ueber die Auslieferungsfrage sprechend, sagte Balfour, die englische Regierung habe eine sehr beschränkte Liste aufgestellt und die Liste der anderen Länder nicht gesehen. Er habe die Auslieferungsfrage mit Clemenceau besprochen, dieser habe es für wünschenswert gehalten, die Liste so sehr wie möglich einzuschränken, habe jedoch hinzugefügt, dies sei wegen der zahlreichen, von französischen Republikern besetzten Deutschen unmöglich. Das Amendement wurde schließlich mit 254 gegen 60 Stimmen verworfen.

Auf parteipolitischen Gebiet ist jetzt in England große Be- wegung. Diese Bewegung hat etwas Experimentelles, Festes, und etwas sehr Unklares, Unbestimmtes. Die Koalition in Londn erklärt, auf der doch noch alles beruht, wird für unmöglich erklärt. Was soll an ihre Stelle treten? Wenn darauf niemand eine klare Antwort findet, oder wenn, besser gesagt, jede klare Antwort, die bisher gegeben worden ist, sofort ein Widerspruch war, so liegt das eben daran, daß man die neue Wahlerschaft, mit der zu rechnen ist, nur sehr unvoll- kommen kennt. Lord George hat sie im Kampf des Sieges, bei den ersten Wahlen, überumpelt. Ein verdächtig farb- loses, unrepräsentatives Parlament kam zu zustande. Das nächste Parlament wird sich nicht durch Ueberumpelung, brillante Wählaktiven und herstellten lassen. Es wird deutlich den Stempel der Ernüchterung und Traurigkeit im Lande wider- spiegeln. Alle Anstrengungen der Politiker gehen jetzt darauf aus, diese Gegenstände richtig zu erfassen und über die bisherigen Schranken hinweg Barock zu finden, die die Massen möglichst vorteilhaft gruppieren. Eine sehr interessante, sehr aufregende Tätigkeit für die jetzt führenden. Aber ergiebig ist sie bisher nicht gewesen.

Der Barriere-Berichterstatter der „Basler Nachrichten“ meldet zu den Londoner Beratungen, soweit sie sich auf die Auslieferungsfrage beziehen: Der offizielle französische Standpunkt ist festes Festhalten an den Bestimmungen des Friedens- vertrages, sein anderes Gesicht als die Militärgerichte. Bei Nicht- auslieferung Urteil in contumaciam. Kein Nach-folger Clemenceaus hätte eine andere Politik verfolgen können, das will aber nicht heißen, daß Willkür über die Wahlen betriebe wäre, wenn er in London gemäßigteren Anschauungen nachgeben müßte. Daß ein freigelegtes britische und italienische Kreise an einer Revision des Versailleser Vertrages denken, ist bekannt. Auch in Frankreich gibt es Kreise, die einer neuerlichen Darlegung verschiedener Punkte nicht abgeneigt wären.

Telegraph meldet aus London: Der Völkerbundsrat be- schloß sich heute mit der Regelung der Frage des Saarbeckens und bewerkstelligte das Ergehen von vier deutschen Gemein- den, in dieses Gebiet aufgenommen zu werden.

Sehr viel Aufsehen hat Lord Birkenhead, der Lord- Kanzler, selbst Kabinetmitglied und früherer J. C. Smith geheiben, mit seiner Erklärung gemacht, daß die Lage der Koalition gefährlich seien. Es ist sehr bezeichnend, daß er nun nicht für seine „eigentliche“ unionistische Partei daraus irgend- welche Folgerungen gezogen hat, sondern eine neue Par- tei will, die „Nationalpartei“. Diese Partei soll alles Gute und Schöne erstreben, was für das englische Imperium erstrebenswert ist, aber eins vor allem: sie soll gegen die „Nationalpartei“ (umhere „Sozialisierung“) aller der Be- triebe sein, welche die Arbeiterpartei nationalisieren will. Diese Gefahr der Nationalisierung ist jetzt so nahe gerückt, wie die Möglichkeit einer Regierung der Arbeiterpartei überhaupt. Birkenhead ist der Meinung, daß der Gegen- satz zur Arbeiterpartei die Grundlage zu einer neuen Zusammenfassung der übrigen oder der meisten übrigen Par- teien bilden könne. Die Koalitionsunionisten und Liberalen, nach seiner Meinung auch die sonst völlig verlorenen unabhän- gigen Asquith-Liberalen, müßten in einem neuen Unterhause die im Arzenei zu völliger politischer Selbständig- keit gebrachte Arbeiterpartei vereint wiederhalten oder ihr schlimmstenfalls vereint Opposition machen. Damit wäre das alte Zweiparteiensystem auf neuer Basis wieder da.

Agence Havas meldet aus London: Willard erklärt, die wichtigste Frage für den Augenblick sei die Antwort auf die deutsche Note.

London, 13. Februar. (Reuter.) Der Oberste alliierte Rat trat heute in Downing-Street zusammen. Zugegen waren Lloyd George, Willard, Mittell und Curzon. Die Beratungen hatten allgemeinen und vorläufigen Charakter. Sie galten den hauptsächlichsten deutschen und türkischen Fragen und dauerten sechs Stunden.

In maßgebenden Kreisen herrscht die Ansicht, daß die Annahme des Versailleser Vertrags sich auf die Maßnahmen getroffen werden sollen, um Deutschland zur Ausführung des Friedensvertrages zu verpflichten. Die Annahme von Trumbull macht eine Erörterung der Kräftefrage wahrscheinlich. Endlich wird durch die Teilnahme von Verhofst die Vermutung nahegelegt, daß der Rat wenigstens die Grundzüge des Friedens mit der Türkei fest- legen wird.

In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß die Zusammenkunft in London zwei Wochen dauern wird. Die Verhandlungen gehen langsam voran und sind in Paris. Der Grund hierfür liegt in der schwierigen Verhandlung, da weder Mittell noch Willard englisch sprechen, das Clemenceau ge- laufig sprach. Doch wollte der Mittagssitzung bei. Ein ameri- canischer Vertreter nahm an den Verhandlungen nicht teil.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“, Jules Sauer- wald, glaubt zu wissen, daß die Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 25. Januar zwar im Tone fest sei, jedoch kaum laufe für Verhandlungen. Man habe den Vor- schlag Lloyd Georges, der Deffenlichkeit und dem Standpunkt der Parteien in England Rechnung getragen.

Einer weiteren Reuter-Meldung zufolge befaßt sich der Oberste Rat mit der Frage der Auslieferung der Kriegsverbrecher. Hinsichtlich der weiteren Vorstellungen Deutschlands gegenüber wurde volle Ueber- einstimmung erzielt. Die Finanzminister der Alliierten werden in Kürze zusammenkommen, um über die Finanzpläne für Europa zu beraten.

Wirkend ist Koalitionsunionist. Im September bereits hat aber ein Koalitionsliberaler, Churchhill, auch ein Kabinetmitglied, die Centreparty gründen wollen - ebenfalls als eine neue Form, als die lebens- fähige neue Form der auch nach seiner Meinung jetzt nur unklar und los zusammenhängenden Koalition. Er hat damals keine scharfe Front empfohlen, sondern diese Partei als „Arbeitspartei“ im Sinne Lloyd Georges hingestellt - als eine Partei des allgemeinen Wohles und insofern der Parteifähigkeit. Das ist am 30. September im „Berliner Tageblatt“ besprochen worden. Jetzt hat Churchhill dem neuen Gründungsversuch des Lordkanzlers nicht wider-prochen. Er hat ihm im Gegenteil zugestimmt, indem er die Labourparty als den Feind hinstellte und die bösen Kräfte, die hinter ihren offiziellen Vertretern sich noch ver- deckten, öffentlich anklagte. Man erinnert sich, daß die Centreparty ihrerseits auch schon einen Vorgänger hatte, und zwar in einem bloßen Klub, der Gruppe der „New Members Group“ bereinigen sich Koalitionsminister ohne Parteimitgliedschaft, die bei den Wahlen neu ins Parlament gekommen waren. Es war das also der erste Schritt zu einer Verbindung von den alten Parteientwicklungen innerhalb der Koalition. Er führte zum Koalitionsklub aus einem Stück - der Centreparty Churchills, und nun gibt die vorgeschlagene National- party Birkenheads, die auf ihre Weise ja ganz dieselben Elemente in sich aufnehmen will, diesen Tendenzen eine gewisse Spitze - gegen die Arbeiterpartei. Diese Taktik der hypothetischen Parteigründungen macht es ihnen er- sichtlich zugleich möglich, allmählich taktend und fühlend vorwärtszugehen. So hofft man allmählich zur wirklichen

„Auslieferung“ erklärt, bei der Debatte über das Libe- rale Amendement, das sich auf eine Abänderung des Friedensvertrages bezieht, Lord Robert Cecil, seiner Ansicht nach sei eine Abänderung des Vertrages augenblicklich

Weiter wird gemeldet: Der Oberste Rat beriet über die Note bezüglich der Auslieferung der schuldigen Deutschen, sowie über eine Note an Holland bezüglich der Auslieferung des Kaisers. Der Wortlaut beider Noten wird in der nächsten Sitzung festgelegt werden.

„Blockpartei“ zu kommen. Ein Musterbeispiel vorsichtig (scharfer) politischer Kunst. Ob der Plan gelingen wird, steht aber noch dahin. Man spürt leidenschaftlich nach Anhaltspunkten dafür aus, wo die Entwicklung in Wahrheit hingehe. Ungeheures Interesse wendet sich dem Wahlkampf in Paisley zu, wo Asquith selbst für seine Liberalen gegen den Arbeiterkandidaten Biggar und einen schätzenswerten Koalitionsunionisten kandidiert. Ein so bedeutender liberaler Parteimann wie Sir John Simon ist im Dezember in Speen Walsh gegen den Labour- mann unterlegen. Aus Asquiths Erfolg oder Mißerfolg wollen Churchhill und Birkenhead ersehen, ob wirklich, wie sie hoffen, die alten Parteien tot sind. Asquith will den Gegenbeweis führen, nicht nur für seine Partei, sondern für das alte Parteiensystem Englands vor dem Kräfte. Er hofft, daß mit dem alten echten Liberalismus auch der feste, reiche Unionismus wiedererzehen wird. Darum tritt er jetzt scharf für den unabhängigen Liberalismus strenger, alter Schule ein. Im Punkte der Nationalisierung ist er für weitgehende Teil- nahme der Arbeiter an der Verwaltung der in Frage stehenden Betrieb, aber gegen Enteignung und gegen Vahlmiegung der Initiative. Asquiths Taktik ist es, nicht diese Fragen in den Vordergrund zu stellen, sondern die alten liberalen Prinzipien freihandel, soziale Fürsorge, ausgeprägtes Honorare, Frauen- wahlrecht, und als besonderes Anziehungsmittel eine richtig organisierte Abgabe vom Kapital zur Verminderung der 8½ Milliarden Pfund Kriegsschulden. Das sind zugleich die Gedanken, durch die bisher der freie Liberalismus die Arbeiter- partei an sich festhielt.

Der Völkerbundsrat hielt gestern vormittag und gestern nachmittag je eine Sitzung ab. Vor entwickelte den Standpunkt der Schweiz betreffend Aufnahme in den Völkerbund. Suhs mans be- schäftigte sich mit der Dargizer Frage und mit der Ernennung des Oberkommissars. (Siehe auch Seite 4.)

Aber seitdem diese Arbeiterpartei im Sommer 1918 eine wirklich politische Partei geworden ist, hat sie unerbittlich und unter Verzicht auf alle Augenblickserfolge die Taktik

folgt, sich völlig selbständig zu erhalten. Während Asquith in Paisley den Arbeitern mehr als freundlich zulächelt, hat Robert Smillie wieder auf das energischste erklärt, man werde sich „niemals“ mit dem Liberalismus Asquiths oder eines anderen verbünden. Es wiederholt sich die alte Beob- achtung, daß Verwandte und verwandte Richtungen sich am ärgsten befehdeten. Die junge Arbeiterpartei ist noch ängstlich um die Besonderheit und Unverfälschtheit ihres Programms besorgt, und die Vermischung ihrer Ziele droht am härtesten von den Liberalen, deren geistiges Kapital sie doch zum Teil, um sehr großen Teil übernommen hat. Wir finden bei der Arbeiterpartei viel mehr Objektivität, ja Toleranz gegen- über den Unionisten, deren linke Flanke eine so bedeu- tend Persönlichkeit wie Lord Robert Cecil best - mit Völkerbund und weitgehenden Vorschlägen für Teilung der Verantwortung und der Industriegewinne mit den Arbeitern und mit freundlichen Bemerkungen für die Centreparty. Es scheint, daß die Arbeiter diese Richtung der Konservativen parteitaktisch inunabhängiger finden als die der Liberalen. Aber aus dem koalitionsionischen Lager ruft man ihnen inzwischen auch sehr scharfe Dinge zu, vor allem: „Ihr könnt wohl eine Parlamentsmehrheit gewinnen, aber nicht regieren!“ Das ist der große Trumpf der Unionisten, den die Liberalen nicht ausspielen. Neben der Nationalisierung ist diese Behauptung, daß die Arbeiterpartei nicht wir regieren können, das große Thema. Wir hören selbst von ... um zu begreifen die Forderung der Arbeiterpartei wie Philip Snowden, daß die Rolle, die die Arbeiterführer gegenwärtig im Parlament spielen, vorläufig ihre Fähigkeit, ein gutes Volk zu führen, am weitesten erreichen lasse. Er klagt über ... Ribauder Gewerkschaftssekretäre im Parlament überhaupt über die Lustwahl, die die Partei für ihre Kandidaten trägt. Sie seien oft sehr unbedeutend,